

Baruther Anzeiger

Beitragung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgehalt freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Nr. 345 40).
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.
Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreizehnpaaltene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonntags: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

Donnerstag, den 24. Mai

1928

Nr. 62

4 Abgeordnete weniger!

Im ganzen Reich wurden abgegeben 30 592 443 Stimmen. Daraus ergibt sich eine Zahl von 490 Abgeordneten, also um 4 weniger als bisher. Es haben erhalten:

Partei	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	152	22 (mehr)
Deutschnationale	78	6 (weniger)
Zentrum	62	6 (weniger)
Deutsche Volkspartei	44	7 (weniger)
Kommunisten	54	9 (mehr)
Demokraten	25	7 (weniger)
Bayer. Volkspartei	16	3 (weniger)
Linke Kommunisten	0	0
Wirtschaftspartei	23	12 (mehr)
Nat.-Soz.	12	0
Nat. Bauernpartei	8	0
Böhl. Nationalklub	0	0
Landbund	3	0
Christl.-Nat. Bauernpartei	13	0
Volkrechtspartei	2	0
Liste Sächsl. Landvolk	2	0

Das Ergebnis der Wahl am 20. Mai.

Die großen Parteien	Wahlergebnis 20. Mai 1928	Reichstagswahl 7. Dezbr. 1924
Sozialdemokraten	9 111 438	7 881 041
Deutschnationale	4 359 586	6 205 802
Zentrum	3 705 040	4 118 849
Dtsch. Volkspartei	2 669 549	3 049 064
Kommunisten	3 232 875	2 709 086
Demokr. Partei	1 492 899	1 919 829
Bayer. Volkspartei	936 404	1 134 035
Wirtschaftspartei	1 391 133	1 005 405
Landbund	199 411	762 074
Dtsch. Bauernpartei	480 618	—
Nat. Soz. Arbeiterpartei	806 746	—
Böhl. Nat. Klub	264 565	907 242
Christl. Nat. Bauernpartei	770 100	—
Volkrechtspartei	480 978	—
Alle Soz. Partei	65 246	—
Christl. Soz. Reichspartei	770 100	—
Dtsch.-Soz. Reichspartei	49 705	159 115

Die Wahlen zum Preussischen Landtag

Die großen Parteien	Wahlergebnis 20. Mai 1928	Landtagswahl 7. Dezbr. 1924
Sozialdemokraten	5 061 312	4 575 645
Deutschnationale	3 026 078	4 355 674
Zentrum	2 687 801	3 229 740
Dtsch. Volkspartei	1 531 982	1 797 589
Kommunisten	2 107 607	1 767 982
Demokratische Partei	788 720	1 086 523
Deutschnat.-Soz. Partei	114 683	269 506
Wirtschaftspartei	792 465	454 409
Landbund	—	—
Christl.-Nat. Bauernpartei	243 096	—
Dtsch. Bauernpartei	69 841	—
Nat.-Soz. Arbeiterpartei	330 158	454 886
Böhl. Nat. Klub	238 720	—
Volkrechtspartei	217 011	—
Alle Soz.-Partei	—	—
Christl.-Soz. Reichspartei	—	—
Dtsch.-Soz. Reichspartei	—	111 939

In das Preussenparlament ziehen ein.

Im Preussischen Landtag werden die Fraktionen nach dem amtlichen Ergebnis folgende Stärke haben:

1. Sozialdemokraten 136 Sitze
2. Deutschnationale Volkspartei 82
3. Zentrum 69
- (Zinsu kommen 3 Mandate von der Sonderliste in Niedersachsen.)
4. Deutsche Volkspartei 40
5. Kommunistische Partei 56
6. Demokratische Partei 21
7. Linke Kommunisten 21
8. Wirtschaftspartei 6
9. Nationalsozial. Partei 6
10. Deutsche Bauernpartei 7
11. Böhl.-nationaler Klub 2
12. Deutschnat.-Soz. Partei 5
13. Landbund und Christl.-nationaler Bauern- und Landvolk-Partei 7
14. Volkrechtspartei 2

Die Polen haben kein Mandat erlangt.

Was durch die Splittlerparteien verloren ging. Für die Splittlerparteien sind 980 000 Stimmen abgegeben worden, die sämtlich verloren gegangen sind. Diese Verluststimmen machen einen Verlust von 16 Mandaten aus, die vor allen Dingen den bürgerlichen Parteien fehlen. Hier die verlorengegangenen Stimmen:

Partei	Stimmen	Mandate
Linke Kommunisten	80 057	0
Böhl.-Nat. Klub	264 565	0
Evangel. Volksgemeinschaft	51 465	0
Reichspartei f. Handwert	6 405	0
Christlich-Soziale	110 466	0
Recht und Rieterschützpartei	2 164	0
Evangel. Volksdienst	4 676	0
U. S. P. D.	20 725	0
Inflationsgeschädigte	36 658	0
Haus- und Grundbesitzer	35 550	0
Nationale Minderheiten	70 752	0
Alle S. P. D.	65 246	0
Unpolitische Liste der Kriegsoffer	6 045	0
Deutscher Reichsklub d. Geschädigten	7 330	0
Aufwertungs-u. Aufbaupartei	7 473	0

Zusammentritt des neuen Reichstags am 10. Juni?

Berlin. Der neugewählte Reichstag wird vermutlich erst in der Zeit des 10. Juni zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Die Reichsregierung wird, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, voraussichtlich erst einige Tage oder einen Tag vor Reichstagsbeginn zurücktreten, da aus formalen Gründen eine andere Handlungsweise der Regierung große Schwierigkeiten machen würde.

Die Koalitionsaussichten im neuen Reichstag.

Nach dem vorläufigen amtlichen Reichstagswahlergebnis verfügen die Parteien der Weimarer Koalition, S. P. D., Zentrum und Demokraten, über 239 Stimmen, die bisherigen Regierungsparteien, Deutschnationale, Zentrum, Deutsche und Bayerische Volkspartei über 195 Stimmen.

Furchtbare Giftgaskatastrophe in Hamburg.

In der Nähe des Hamburger Greifhafens wurden am Sonntag plötzlich in der chemischen Fabrik Stolzenberg die Räder von einigen mit Phosgen gefüllten Fässern durch Explosion weggeschleudert.

Die Wirkung der Katastrophe

war entsetzlich. Die Menschen sanken bewußtlos zusammen. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine Panik. Die Feuerwehr versuchte zunächst, den explodierenden Zant unter Wasser zu setzen und weiteren Verderben durch Anwendung von Ammoniak zu begegnen.

Das außerordentlich giftige Phosgen gas hielt sich, weil schwerer als die atmosphärische Luft, in einer Wolke schwebend, und wurde durch den Nordost- und später Südostwind zunächst über den Stadtteil Wilhelmsburg, dann weiter über den Ausflugsort „Die Hufe“ bei Harburg getrieben. Auf dem ganzen Weg in breiter Bahn erkrankten die Personen unter schweren Vergiftungsercheinungen von der Lunge. Bis nach Mitternacht hatten die Hamburger Krankenwagen zu tun, um die am schwersten Erkrankten in die Krankenhäuser zu schaffen. Schon nach wenigen Stunden verstarben zwei Personen.

In den Krankenhäusern liegen über dreißig zum Teil sehr schwer Erkrankte.

Einige von ihnen sind noch in Lebensgefahr. Feuerwehr und Polizei arbeiteten unter Lebensgefahr, weil die vorhandenen Giftgasmasken nicht für alle ausreichten. Aus Hamburg und Lübeck wurde Ammoniak herbeigebracht, um das noch in der Stadt befindliche flüchtige Phosgen zu neutralisieren. Die Einwohner der zunächst gelegenen, am meisten gefährdeten Straßen sind in den Auswandererzügen der Hapag untergebracht worden.

Der deutsche Verteidiger im Donez-Prozess abgelehnt.

Moskau. Auf dem Podium des Gewerkschaftshauses, wo sich der Klassenprozess abrollt, ereignete sich am Montag vormittag wiederum eine Sensation. Der Berliner Metallarbeiterverband beantragte, den Braunschweiger Rechtsanwalt W n t h e als Verteidiger der Deutschen zuzulassen. Staatsanwalt K r y l e n o meinte, sachlich sei nichts dagegen einzuwenden, jedoch seien vor einem russischen Gericht nur Vertreter der Sowjetgewerkschaften erlaubt. Katastrophal beschloß das Gericht, die Ablehnung Mantzes.

110 Personen an Vergiftungsercheinungen erkrankt.

Die Zahl der an dem Giftgas erkrankten und in verschiedenen Krankenhäuser in Hamburg und Harburg untergebrachten Personen wird jetzt mit 110 angegeben. Bei dem heimtückischen Charakter dieser Vergiftungen ist nicht mit Sicherheit vorauszusagen, ob die Erkrankungen leicht sind oder schwere Folgen entwickeln. Die Ursache des Entweichens des Gases ist wahrscheinlich in einem Materialfehler zu suchen, obgleich der Behälter erst vor kurzem von der betreffenden Behörde geprüft und als tauglich befunden wurde.

Erst nach Pfingsten Beratungen über die Regierungsbildung.

Besprechungen der Parteien erst nach Pfingsten.

Berlin. Die Besprechungen der Parteien über die Neubildung der Regierung im Reich wird vor Pfingsten nicht mehr aufgenommen. Alle Fraktionen werden erst in der Woche nach Pfingsten zusammentreten, um zu dem Wahlergebnis Stellung zu nehmen. Infolgedessen sind auch alle Gespräche, die bereits von genauen Richtlinien für die künftige Regierung wissen wollen, verfrüht.

Der Fraktionsvorstand des Zentrums hat sich bereits mit der durch den Wahlausfall geschaffenen Lage beschäftigt und beschlossen, die Reichstagsfraktion des Zentrums Anfang nächster Woche zu einer Sitzung nach Berlin zu berufen. Die Deutsche Volkspartei, bei der neben dem Zentrum die Entscheidung liegt, ist vorläufig noch zurückhaltend. Wie ihre Presse erkennen läßt, geben die Meinungen über eine Teilnahme an einer Regierung mit den Sozialdemokraten auseinander. Maßgebend für die Haltung der Deutschen Volkspartei wird die Stellungnahme der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei sein.

Die Nachricht, daß der preussische Ministerpräsident Otto Braun, der Sozialdemokrat ist, auch das Reichsfinanzamt übernehmen wird, eilt den Ereignissen weit voraus. Voraussichtlich wird in die Sozialdemokratie als stärkste Partei aufgefordert werden, die Regierung zu bilden, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Sozialdemokraten die Beschmelzung des Reichsfinanzamts mit dem Ministerpräsidium in Preußen fordert. Vorläufig erheben sich allerdings noch keine sachlichen Anhaltspunkte für diese Kombinationen.

Etwa Mitte Juni Zusammentritt des Preussischen Landtags.

Berlin. Der neue Preussische Landtag wird voraussichtlich in der Woche vom 11. bis 16. Juni zusammentreten; als Termin wird der 12. Juni genannt. Ein früherer Termin wird schon deshalb nicht in Frage kommen können, weil die endgültige Feststellung über die Zusammenlegung noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Vor dem Urteil im Kolmarer Prozeß.

Die Plädoyers der Staatsanwaltschaft und Verteidigung.

Kolmar. Am Dienstag wurden im Kolmarer Autonomienprozeß die Plädoyers der Verteidiger vorgenommen. Die Verteidigung wandte sich heftig gegen den Beschuldigten Jaegerle, der die Verhandlungen, die er erhalten hätte, über die Zustimmungen, Glückwünsche usw. sehr aber davon ab, diese Schreiben bekanntzugeben. Rechtsanwalt Jaegerle protestierte energisch gegen die Rundgebungen eines ausgewählten Publikums, wie sie sich in so peinlicher Weise im Gerichtssaal ereignen hätten, und führte sachlich dann weiter aus, daß der Gehalt der Autonomie schon lange an den verschiedenen Stellen von den verschiedensten Persönlichkeiten erörtert worden sei. Er führte dabei Erklärungen des früheren Arbeitsministers und jetzigen Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, an. In Paris könne man alles sagen, ohne bestraft zu werden, nicht aber in Elsaß. Das sei der ganze Prozeß. Das elssässische Volk habe jetzt Ricklin und Koffe zu ihren Vertretern in der Kammer gewählt, weil es wisse, daß diese von allen Regierungen verfolgten Männer ihre treuesten Diener seien. Mit großer Schärfe wandte sich Jaegerle dann gegen die Behauptung der elssässischstämmigen Muttersprache, wie diese im Prozeß mehrfach vorgekommen sei. Den Elssäss-Lothringern seien Religion und Muttersprache heilig.

95 Prozent sprächen im elssässisch-lothringischen Lande die gleiche Sprache. Die Elssäss-Lothringer wären in engster Verbindung mit zwei Sprachen und zwei Kulturen.

Beweisaufnahme im Donez-Prozess.

Massenflucht von Ingenieuren und Technikern aus Russland. Moskau. Im Donez-Prozess ist jetzt die Beweisaufnahme eröffnet worden. Einer der Hauptangeklagten, Beresowski, ein Ingenieur aus der Jarzensk, der in der Anklageschrift als Kapitalist von 20 000 Rubel bezeichnet wird, gab ein Schuldbekenntnis ab, das lediglich seine Gewinnung und nicht Tötungen betraf. Beresowski war nach seinen Angaben der Überzeugung, daß das Sowjetregime vorübergehend sei. Er glaubte daher, pflichtgemäß zu handeln, wenn er den Besungen seiner Grubenbesitzer folgte. Er befruchtete die Schacht Nr. 1 ersucht zu haben, behauptete vielmehr, der Schacht habe bereits unter Wasser gestanden. Aus seiner Darstellung ging hervor, daß er kein Verbrechen beabsichtigt hat, sondern durch das gegenrevolutionäre Verhalten seiner Kollegen mitgerissen worden ist. Er gab zu, den Besungen der früheren Grubenbesitzer, die die Grubenbesuche möglichst verringern wollten, gefolgt zu sein. Entschwerend fällt ins Gewicht, daß Beresowski dafür Geld genommen hat.